

Politik und Gesellschaft = Politique et société

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses**

Band (Jahr): **90 (1999)**

Heft 4

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Politik und Gesellschaft Politique et société

Offener Strommarkt soll Energiesparen nicht gefährden

(d) Die Liberalisierung des Strommarktes soll das Energiesparen nicht gefährden. Der Schweizer Elektrizitätsmarkt werde deshalb nicht ohne flankierende Massnahmen geöffnet, sagte Bundesrat Moritz Leuenberger in einem Gespräch mit dem Medien-Informationsdienst (MID) Energie.

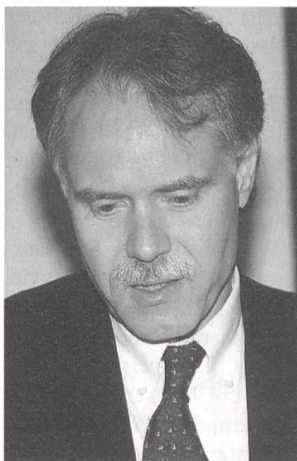
Das in Vorbereitung befindliche Elektrizitätsmarktgesetz soll eine Liberalisierung des Strommarktes und damit sinkende Strompreise bringen. Doch werden laut dem Uvek-

Chef des Energiesparen und die Priorität der Umwelt der Liberalisierung nicht geopfert.

Es bestehe die Gefahr, dass tiefere Preise zu einem Mehrverbrauch an Energie führten. Der Strommarkt dürfe deshalb nicht ohne flankierende Massnahmen geöffnet werden. «Ich denke hier an das neue Energiegesetz, das Nachfolgeprogramm von «Energie 2000», das CO₂-Gesetz sowie die Energieabgabe», erläuterte der Vorsteher des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek).

Lebensdauer von Kernkraftwerken begrenzt

Zu den Beschlüssen des Bundesrates über die Lebens-



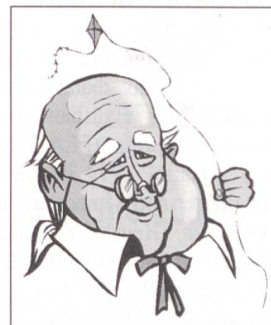
BR Leuenberger zur Kernenergie: «Gibt es keine Einigung, entscheidet der Bundesrat».

dauer der fünf Schweizer Kernkraftwerke sagte Leuenberger, dass die bestehenden KKW auf 40 Jahre ausgelegt worden seien. Das Ende ihrer Betriebsdauer sei daher absehbar. Klare Fristen erleichterten den Betreibern die Investitions- und Personalplanung. Den Behörden ermöglichten sie, energiepolitische Massnahmen rechtzeitig einzuführen.

«Wir werden deshalb die Kernkraftwerkbetreiber, die Umweltorganisationen sowie die Standortkantone einladen, eine Frist für die Stilllegung der bestehenden Kernkraftwerke vorzuschlagen und eine Lösung für die radioaktiven Abfälle zu suchen», führte Leuenberger aus. Gebe es keine Einigung, entscheide der Bundesrat.

Zudem habe der Bundesrat die Leistungserhöhung des KKW Leibstadt von 15% gutgeheissen; diese Mehrleistung werde nach der Schliessung der älteren Werke für die Schweiz an Bedeutung gewinnen. Dem KKW Mühleberg sei die Betriebsbewilligung bis 2012 erteilt worden. Damit habe der Bundesrat zum Ausdruck gebracht, dass ihm eher eine Betriebsdauer von 40 statt von 30 Jahren vorschwebe. «Aber unsere Energiepolitik schliesst keine Option von vornherein aus. Wir wollen ja das fakultative Referendum für neue KKW einführen. Auch die Nuklearforschung wird nach wie vor mit öffentlichen Geldern unterstützt», so Leuenberger weiter.

Der Blitzableiter

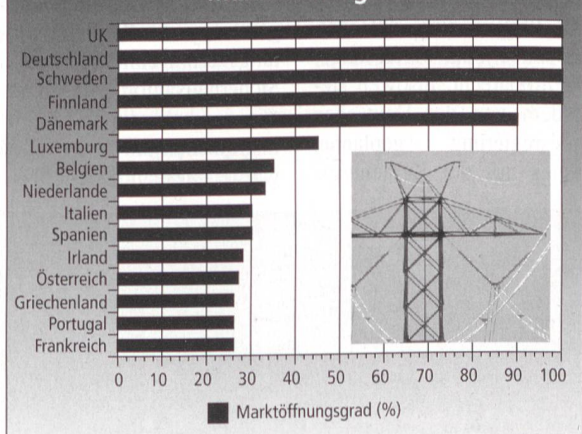


Zuerst bezahlen

Es gibt hierzulande eine bestimmte, gar nicht so seltene Sorte Politiker, die immer alles anders haben wollen. Der Strom sei zu billig, schrien sie, und forderten aus «Umweltgründen» progressive Stromtarife. Als sich die Marktöffnung abzeichnete, waren sie «happy» und verlangten Strompreismässigungen. Als sich die ersten praktischen Umrissse des Marktes zeigten, kam langsam die Ernüchterung, denn der Markt macht was er will. Die Rabatte gehen vorerst an die Grosskunden, und der Strom wird dort eingekauft, wo er am billigsten ist und nicht dort wo er am saubersten ist. Deshalb werden diese Politiker wieder alles daransetzen, um es anders zu machen und um den Markt neu zu interpretieren. Was dabei oft vergessen wird, ist, dass der von der Bevölkerung bestellte Kraftwerkpark zuerst einmal bezahlt werden muss. das heisst die Investitionen sind zu amortisieren. Kraftwerkbauten sind nicht einfach ein Erdbeer-glace, das Hansli nicht mehr will, weil das Vanille-glace von Bea besser aussieht.

B. Frankl

Marktöffnung 1999



Rasche Marktöffnung in Europa?

(m) Gemäss der Zeitschrift «Utility Europe» sollen seit dem 19. Februar 1999 rund 60% des europäischen Strommarktes für den Wettbewerb geöffnet sein, dies nach Beendigung der zweijährigen Umsetzungsfrist der Binnenmarkttrichtlinie «Elektrizität» der EU. Dies wären erheblich mehr als die auf diesen Termin vorgesehenen 25%, die aber eher der Praxis entsprechen. In der Praxis gibt es noch viele Probleme, so insbesondere bei den Durchleitungen oder bei der Reziprozität, so dass viele Prozentangaben theoretisch zu betrachten sind. Die Grafik zeigt den geschätzten Marktöffnungsgrad verschiedener Länder seit dem Februar 1999 nach Angaben der Europäischen Kommission.

Zuversichtliche Hausgerätebranche

Die Konjunkturerhebung, welche der Fachverband Elektroapparate für Haushalt und Gewerbe Schweiz (FEA) für das 1. Quartal 1999 bei den Herstellern und Importeuren elektrischer Haushaltapparate durchgeführt hat, zeigt eine zuversichtliche Beurteilung der Marktsituation. Die im Vorjahr eingetretene Stabilisierung des Marktes dürfte sich fortsetzen.

Gut 90% der Unternehmungen bezeichnen die Auftragsituation als befriedigend oder gut. 35% der Firmen geben gute Bestellungseingänge an. Der Anteil der Betriebe, die zunehmende Bestellungseingänge erwarten, ist fast gleich gross; gleichzeitig haben die Negativprognosen auf knapp 6% zugenommen. Die Beschäftigungslage wird durchwegs als befriedigend bis gut bezeichnet. Zuversicht lässt sich in der positiven Prognose zur Beschäftigungslage erkennen, indem alle Unternehmen zumindest eine gleichbleibende oder bessere Auslastung erwarten.

Hohe Sicherheit der Schweizer Kernanlagen

(d) Die Schweizer Kernanlagen sind laut Bericht der Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) in gutem Zustand und werden sicher betrieben. Die HSK hat 1998 fünf besondere Vorkommnisse von unwesentlicher Bedeutung registriert – so wenige wie seit 1984 nicht mehr.

7000 neue Arbeitsplätze dank erneuerbarer Energie?

(e2) Bis ins Jahr 2000 werden durch die erneuerbaren Energien rund 7000 neue Arbeitsplätze entstanden sein. Dies ist mit ein Grund, weshalb das Ressort «Regenerierbare Energien» des Programms «Energie 2000» zu diesem

Thema in Basel anlässlich der Swissbau 1999 eine Tagung durchgeführt hat. Unternehmer aus dieser Branche machten dabei ihren Berufskollegen Mut, ebenfalls einzusteigen und zeigten die konkreten wirtschaftlichen Chancen auf.

Wie Ressortleiter Dr. Hanspeter Eicher dazu erläuterte, werden die Ziele des Ressorts Regenerierbare Energien knapp erreicht. Das heisst, dass im Jahre 2000 etwa 3000 GWh Wärme und 300 GWh Elektrizität aus erneuerbaren Energien bereitgestellt werden. Damit wird die wirtschaftliche Bedeutung dieser Energieform aufgezeigt.

Schröder: Scharfe Reaktion auf die Auflösung von Atom-Kommissionen

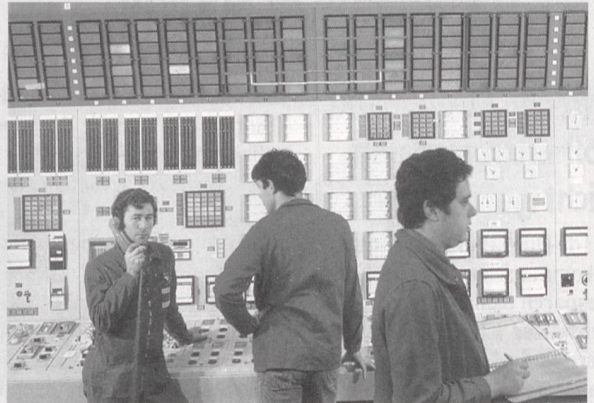
(d) Der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder hat seinen Umweltminister Jürgen Trittin in aller Deutlichkeit vor Alleingängen in der Atompolitik gewarnt. Hier stünden die geplanten Konsensgespräche der Regierung mit der Stromwirtschaft und auch die rot-grüne Koalition auf dem Spiel. Der deutsche Regierungschef reagierte damit auf den Vorstoss Trittins, mit sofortiger Wirkung die beiden Atom-Kommissionen des Bundes aufzulösen.

Schadenersatzforderungen wegen Ausstieg aus Wiederaufarbeitungsanlage

(v) Der deutsche Umweltminister Jürgen Trittin lehnte es ab, wegen des geplanten Ausstiegs aus den Verträgen mit der französischen Atomindustrie Entschädigungen zu zahlen. Nach dem angekündigten Stopp der Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente aus Deutschland drohen aus Frankreich und Grossbritannien Schadenersatzforderungen in Milliardenhöhe. Eine deutsch-

35-Stunden-Woche bei EDF

(d) Unternehmen und Gewerkschaften haben für das Personal der Electricité de France (EDF) eine Grundsatzvereinbarung zur Einführung der 35-Stunden-Woche erzielt. Sie betrifft 141 000 Personen. Die Arbeitszeitverkürzung soll bis zum 1. Oktober ohne Einkommensverluste umgesetzt werden. Ausserdem wurde die Einstellung von bis zu 20 000 Jugendlichen vereinbart. Dafür sollen 15 000 Beschäftigte in Pension gehen.



Die Wochenarbeitszeit von 141 000 EDF-Angestellten soll auf 35 Stunden gekürzt werden (Bild EDF).

französische Arbeitsgruppe soll sich nun um eine einvernehmliche Regelung bemühen.

Rechtsgutachten relativiert Kernenergieausstieg

(sl) Für den Ausstieg aus der Kernenergie ist nicht die Koalitionsvereinbarung entscheidend, sondern das Verfassungs- und Europarecht. Insoweit stehen dem von der Deutschen Bundesregierung geplanten Ausstieg aus der Kernenergie

kaum überwindbare verfassungsrechtliche und europarechtliche Hindernisse entgegen. Das ist das Ergebnis eines Rechtsgutachtens von Prof. Dr. Dr. Di Fabio, Universität München.

So würde das Parlament gegen das Rechtsstaatsprinzip verstossen, wenn es durch eine Vorschaltnovelle zum Atomgesetz ein Wiederaufarbeitungsverbot einführen und die Sicherheitsanforderungen sowie das behördliche Eingriffsinstrumentarium verschärfen würde. Diese im Koalitionsver-



Wiederaufarbeitungsanlage abgebrannter Brennelemente «La Hague». Auf dem 300 Hektar grossen Werksgelände in der Normandie arbeiten 5000 Menschen. Jährlich können bis zu 1700 Tonnen abgebrannte Brennstäbe rezykliert werden.

trag vorgesehenen Regelungen hätten nicht die Erhöhung der Anlagensicherheit und des Strahlenschutzes für den Zeitraum der Abwicklungsphase zum Ziel. Sie dienen vielmehr dem Zweck, den rentablen Anlagenbetrieb zu erschweren und durch wirtschaftliche Mehrbelastungen schliesslich zu verhindern. Auf diese Weise sollen die Anlagenbetreiber zu einem frühzeitigen und entschädigungsfreien Verzicht auf den Weiterbetrieb veranlasst werden. Eine solche verdunkelnde Gesetzgebung, die die wahren Regelungsabsichten verdeckt, sei weder mit dem Rechtsstaatsprinzip noch mit dem Eigentumsschutz des Grundgesetzes vereinbar und eines Verfassungsorgans unwürdig.

Der endgültige Ausstieg aus der Kernenergie sei ferner auch nicht mit dem europäischen Gemeinschaftsrecht vereinbar. Hiernach seien die Mitgliedstaaten vielmehr verpflichtet, ihre Entscheidung gegen eine wirtschaftliche Nutzung der Kernenergie offen zu halten. Darüber hinaus stünde ein Sofortverbot der Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente in französischen oder englischen Wiederaufarbeitungsanlagen im Widerspruch zur Warenverkehrsfreiheit sowie zur Dienstleistungsfreiheit auf dem EU-Binnenmarkt.

Zwei Felslabors für radioaktive Abfälle

(sva) Die französische Regierung hat am 9. Dezember 1998 anlässlich eines interministeriellen Gesprächs über Nuklearfragen grünes Licht für die Errichtung von zwei Felslabors für radioaktive Abfälle gegeben. Mit den Labors soll insbesondere die Eignung von zwei spezifischen Standorten – einer im Ton, einer im Granit – für die zukünftige geologische Endlagerung langlebiger hochradioaktiver Abfälle untersucht werden. Das Tonlabor soll bei Bure im Nordosten der Region Meuse errichtet werden. Dies ist einer der drei Standorte, die bereits näher durch die Andra, die französische Schwesterorganisation der Nagra, untersucht wurden. Der Standort für das Granitlabor soll nächstes Jahr bestimmt werden.

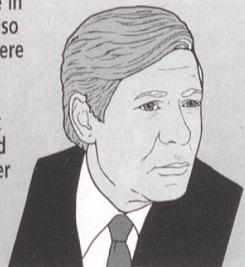
«Freiburger Stromstreit» beigelegt

(ize) Im sogenannten Freiburger Stromstreit haben sich die Freiburger Energie- und Wasserversorgungs-AG (FEW, Freiburg i.Br./D), die EnBW Energie Baden-Württemberg AG und die Schweizer Watt AG auf einen Kompromiss verstan-

Helmut Schmidt:

«In keinem andern Land der Welt...»

(sva) «Überall in der industriellen Welt wird Kernkraft genutzt, in Russland trotz Tschernobyl, auch in Japan trotz Hiroshima. Bei uns soll die aus Kernenergie erzeugte Elektrizität auf Null gefahren werden; unsere französischen Nachbarn denken nicht im Traum daran. Gleichzeitig soll die Braunkohleförderung zu Ende gebracht werden. Woher soll also die Energie kommen? Aus Öl und Erdgas, sagen die Grünen; aber zugleich wissen sie, dass, wie bei allen Kohlenwasserstoffen, auch bei der Verbrennung von Öl und Gas Kohlendioxid und andere Schadstoffe in die Atmosphäre entlassen werden. Also soll der Liter Benzin künftig um mehrere hundert Prozent teurer gemacht werden. In keinem anderen Land der Welt würde derart Ungereimtes ernst genommen werden.» So deutlich wird Helmut Schmidt, ehemaliger deutscher SPD-Bundeskanzler, in seinem neuen Buch «Auf der Suche nach einer öffentlichen Moral».



Energienotizen aus Bern



Investitionsprogramm «Energie 2000»: 292 Gesuche für 4,8 Mio. Fr. Bundesbeiträge bewilligt

(uvek) Im Rahmen des Investitionsprogramms «Energie 2000» gingen bis Ende Mai 1998 insgesamt 3425 Gesuche für einen Bundesbeitrag von 100 Millionen und Investitionen von 960 Millionen Franken ein. Der zur Verfügung stehende Kredit von 64 Millionen Franken war bereits im April 1998 ausgeschöpft. Bis Ende 1998 konnten dank aktiver Kreditbewirtschaftung weitere 292 Gesuche aus der Warteliste für einen Bundesbeitrag von 4,8 Millionen und ein Investitionsvolumen von 45 Millionen Franken bewilligt werden.

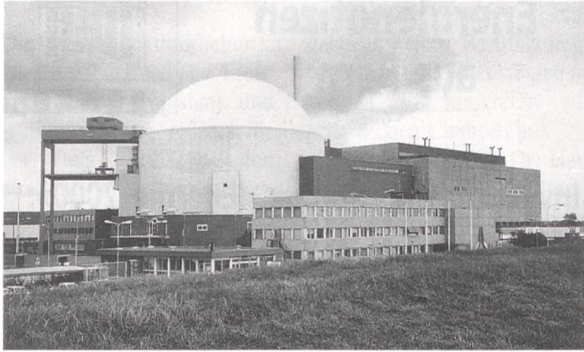
Energieabgabe: Kompromissvorschlag?

(v) Nachdem beide Kammern bisher unterschiedliche Konzepte für die Einführung einer Energieabgabe verfolgen, zeichnet sich ein Kompromiss ab. Die federführende Kommission des Ständerates will ausser der kaum bestrittenen Schaffung einer Verfassungsgrundlage für eine ökologische Steuerreform (als direkten Gegenvorschlag zur Energie-Umwelt-Initiative) auch der Solar-Initiative bzw. dem Energieabgabebeschluss des Nationalrates (EAB) einen direkten Gegenvorschlag, nämlich eine auf zehn Jahre befristete Übergangsbestimmung inklusive eine zweckgebundene Förderabgabe von 0,2 bis 0,3 Rp./kWh auf Gesetzesstufe in der Form des «Förderabgabebeschlusses» (FAB) entgegensetzen. Die Förderabgabe könnte – die Zustimmung von Volk und Ständen vorausgesetzt – bereits im Jahr 2001 eingeführt werden. Die jährlichen Mittel von rund 300 bis 400 Mio. Franken stünden zur Förderung der erneuerbaren Energien inkl. Wasserkraft und der rationellen Energienutzung zur Verfügung.

Schweiz saniert rumänische Heizkraftwerke

(d) Zur Umsetzung des Klimaschutz-Abkommens will die Schweiz auch im Ausland beitragen. Mit rund 5,5 Mio. Franken sollen in Rumänien zwei Fernwärmenetzwerke saniert und neue gasbetriebene Blockheizkraftwerke installiert werden. Damit sollen Zehntausende Tonnen CO₂ eingespart werden. Es handelt sich um das erste Schweizer Pilotprojekt im Ausland, das auf der Grundlage des Klima-Protokolls von Kyoto entstanden ist. Das Protokoll verpflichtet die Industrieländer und die ehemaligen Ostblockstaaten, ihren Ausstoss an Treibhausgasen zu reduzieren. Die westlichen Länder können beispielsweise auch in Osteuropa Luftreinhaltemassnahmen finanzieren. Den eingesparten Treibhausgasausstoss können sie sich auf ihr Konto gutschreiben lassen.

Entschädigung für holländische «NAI»



Das niederländische 470-MW-Kernkraftwerk Borssele an der Scheldemündung ist seit 25 Jahren erfolgreich in Betrieb und weitgehend amortisiert.

(eur/et) 13 EU-Mitgliedstaaten (ohne Schweden und Finnland) haben die Absicht bekundet, die «nicht amortisierbaren Investitionen» ihrer EVU zu kompensieren.

Die Niederlande haben dazu eine detaillierte Akte zuhanden der EU-Kommission deponiert. Das niederländische Wirtschaftsministerium hat entschieden, dass die sogenannten «Nicht amortisierbare Investitionen» (NAI) der Elektrizitätswirtschaft durch eine Abgabe bezahlt werden sollen, die auf die Netzzugangstarife erhoben wird.

Die neue Gesellschaft für das Hochspannungsnetz unter dem Namen «Tennet» soll zu 51% in Staatsbesitz stehen. Dadurch solle die Unabhängigkeit von den vier grossen niederländischen Stromerzeugern garantiert werden sowie die Regierung teilweise für die «in den Sand gesetzten Kosten» entschädigt werden.

Die Stromerzeugungsgesellschaften verlangen eine Entschädigung für die langfristigen Stromlieferverträge mit französischen, deutschen und norwegischen Unternehmen, für Fernheizungsverträge und für die Forschungs- und Entwicklungskosten der Kohlevergasungsanlage in Buggenum, die erst vor drei Jahren für 1 Mrd. NLG errichtet worden war. Die für die «NAI» erhobene Abgabe wird vom Marktpreis für den Strom abhängen. Somit werde die Regierung nur zahlen müssen, wenn die Marktpreise so niedrig seien, dass die Erzeugergesellschaften in Mitleidenschaft gezogen worden, wenn sie selbst für die Vertragsausfälle aufkommen müsste. Die Abgabe bedeutet, dass die niederländischen Stromverbraucher die Kosten für die NAI tragen müssten.

digd und damit langwierige Rechtsstreitigkeiten vermieden. EnBW und Watt beliefern die FEW nun gemeinsam mit Strom. Während Watt einen Teil der Grundlast deckt, liefert EnBW im Bereich von Mittel- und Spitzenlast.

Ursprünglich hatte FEW seinen Bedarf an Fremdstrom komplett aus der Schweiz beziehen wollen. Das Unternehmen hatte im August 1998 seinen bisherigen Vertrag mit EnBW gekündigt und gleichzeitig zum 1. September 1998 einen Liefervertrag mit der Schweizer Watt AG bzw. deren

Stromhandelsunternehmen Elektrizitätswerk Laufenburg (EGL) geschlossen. EnBW pochte hingegen darauf, dass der alte Liefervertrag noch bis 2014 gültig sei. Das am 29. April 1998 in Kraft getretene neue Energiericht ändere nichts an der Gültigkeit des Vertrages.

Nach dem nun gefundenen Kompromiss wird der für 30 Monate mit Watt geschlossene Kontrakt in einen Teilliefervertrag umgewandelt – zu den bereits zuvor vereinbarten Konditionen, die FEW Kostenvorteile gegenüber dem Bezug von EnBW einräumen. Für die Lie-

ferungen von EnBW bleibt der alte Rahmenvertrag bis Ende 2004 bestehen, kann aber 2001 – wenn der Vertrag mit Watt endet – an die dann geltenden Marktpreise angepasst werden.

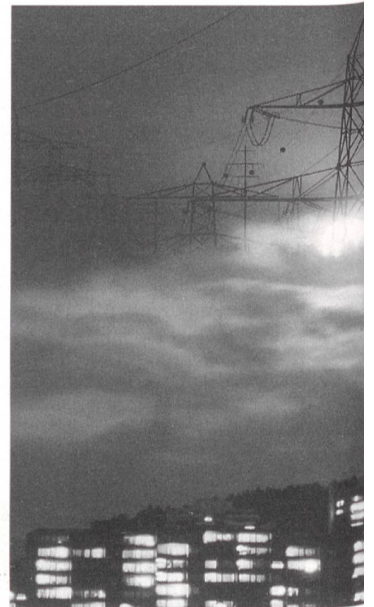
Durchleitung verweigert

(ize) Die Stadtwerke Lüdenscheid wollten einen Fünftel ihres Strombedarfs vom amerikanischen Stromhändler Enron beziehen. Der Vorlieferant Elektromark verweigerte jedoch die Durchleitung wegen fehlender Netzkapazität und belegte dies durch ein technisches Gutachten. Die Stadtwerke haben daraufhin mit dem Regionalversorger über die Enron-Menge nachverhandelt und einen neuen Liefervertrag zu erheblich günstigeren Konditionen abgeschlossen. Enron legte wegen der Verweigerung der Durchleitung Beschwerde beim Bundeskartellamt ein.

Deutsche Haushalte zahlen zusätzliche Stromsteuer

(sl) Die von der Bundesregierung ab 1999 geplante Stromsteuer belastet einen durchschnittlichen Drei-Personen-Haushalt mit zusätzlich 6,80 DM im Monat. Die Steuer wird von den Stromversorgern im Auftrag des Staates mit der Stromrechnung eingezogen. Der ausgewählte Drei-Personen-Haushalt bezahlte 1998 bei einem jährlichen Stromverbrauch von 3500 kWh einschliesslich Mehrwertsteuer 91 DM im Monat für Strom. Die geplante Stromsteuer von zwei Pfennig je kWh verteuert laut VDEW die monatliche Stromrechnung um gut 5,80 DM. Hinzu kommt knapp eine DM Mehrwertsteuer.

Zusätzlich belastet werden Haushalte, die elektrische Speicherheizungen nutzen. Für jede verbrauchte kWh Heizstrom verlangt der Staat künftig einen Pfennig Stromsteuer. Allein die Heizkostenrechnung dieser Haushalte steigt bei einem mittleren Verbrauch von 9200 kWh



Deutschland: Streit um Stromsteuer und Durchleitung.

im Jahr dadurch um 9 DM auf 89 DM monatlich.

Schweiz ratifiziert Alpenkonvention

(efch) Die Schweiz hat die Alpenkonvention formell ratifiziert. Sie tritt für die Schweiz am 28. April 1999 in Kraft. Die Genehmigung der themenbezogenen Protokolle wurde in der Wintersession noch ausgesetzt. Diese sollten später gemeinsam auf ihre Ausgewogenheit von Schutz und Nutzen hin geprüft und erst dann zur Ratifikation freigegeben werden.

Gas spielte «entscheidende Rolle» bei Explosion

(d) Bei der Explosion am Berner Nordring vom 5. November 1998 hat austretendes Erdgas eine entscheidende Rolle gespielt. Dies steht nach den vor Ort abgeschlossenen Ermittlungsarbeiten fest. Die Explosion sowie der Einsturz der Liegenschaft Nordring 8 am 5. November hatte fünf Menschen das Leben gekostet. 18 Personen wurden zum Teil schwer verletzt.